

Die konfessionell-religiöse Konfliktlinie in der deutschen Wählerschaft: Entstehung, Stabilität und Wandel [1985]

Pappi, Franz Urban

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Pappi, F. U. (2015). Die konfessionell-religiöse Konfliktlinie in der deutschen Wählerschaft: Entstehung, Stabilität und Wandel [1985]. *Historical Social Research, Supplement*, 27, 122-149. <https://doi.org/10.12759/hsr.suppl.27.2015.122-149>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Die konfessionell-religiöse Konfliktlinie in der deutschen Wählerschaft: Entstehung, Stabilität und Wandel [1985]

Franz Urban Pappi*

Abstract: »The Denominational-Religious Cleavage within the German Electorate: Origins, Stability and Change«. The German religious cleavage developed during a political conflict concerning the rights of the Catholic Church in the early 1870s of the just-founded German Empire. The Christian Democratic Party was successful in transforming this cleavage into a denominational-religious cleavage after WWII. Within the electorate, this cleavage is manifested by the CDU/CSU party identification of both religious Catholics and Protestants, the former delineated by frequency of church attendance, and the latter by religious belief systems. Communal social relationships among these groups support the stability of this cleavage. In addition, the CDU affiliation of Protestants varies by region. It is strongest within the overwhelmingly Protestant northern regions of Germany where the CDU was founded after WWII without "help" of former members of the Catholic Zentrum party. This cleavage between the Christian Democrats on the one side and all other parties on the other side still existed in 1982 as shown with Allbus data of that year.

Keywords: Denominational-religious cleavage, church affiliation, religious belief systems, party identification, social mechanisms supporting cleavage stability.

1. Einleitung¹

Zu den dauerhaften Bestimmungsgründen des Wahlverhaltens in der Bundesrepublik gehören die Klassenzugehörigkeit und die Konfession. Arbeiter sind in allen Ländern, in denen es sozialistische oder sozialdemokratische Parteien gibt, die besondere Zielgruppe dieser Parteien, denen es in der Regel auch gelingt, die Arbeiterschaft zu mobilisieren und zu repräsentieren. Da die Durchset-

* Reprint of: Franz Urban Pappi. 1985. Die konfessionell-religiöse Konfliktlinie in der deutschen Wählerschaft: Entstehung, Stabilität und Wandel. In *Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertewandel*, hg. v. Dieter Oberndörfer, Hans Rattinger und Karl Schmitt, 263-90. Berlin: Duncker und Humblot.

¹ Im empirischen Teil basiert dieser Aufsatz auf Auswertungen des Allbus 1982. Der Allbus-Projektgruppe unter der Federführung von M. Rainer Lepsius, der DFG als finanzierender Institution und ZUMA und dem Zentralarchiv für empirische Sozialforschung sei für diesen Datenservice gedankt. Cand. phil. Peter Mnich besorgte dankenswerterweise die Auswertungen.

zung materieller Interessen zum politischen Tagesgeschäft gehört, kann der einzelne Wähler die Art der Interessenvertretung durch die politischen Parteien relativ gut beurteilen.

Wie aber steht es mit den Interessen der Konfessionsgruppen? Sie können sicher auch nicht außer acht gelassen werden – man denke in Deutschland nur an die staatliche Zwangseintreibung der Kirchensteuer – aber sie reichen nicht aus, um die relativ dauerhafte Bindung katholischer Wähler an die CDU/CSU zu erklären. Ideelle Interessen im kulturpolitischen Bereich kommen als weitere Gründe für die Wahl der Partei in Betracht, die auf diesem Gebiet die beste Interessenvertretung verspricht. Doch selbst wenn man ideelle Interessen mitberücksichtigt, bleibt erklärungsbedürftig, warum für das Wahlverhalten Religion ein genauso wichtiger Bestimmungsgrund ist wie die Klassenzugehörigkeit, obwohl die entsprechenden ideellen Interessen nur in Ausnahmesituationen in der Politik eine Rolle spielen.

Wenn politische Parteien die Interessen bestimmter sozialer Gruppierungen wahrnehmen, geschieht dies in der Regel nicht ad hoc. Die entsprechenden Koalitionen sind vielmehr auf Dauer angelegt und durch eine Vielzahl organisatorischer Verflechtungen abgestützt. Die Folgen solcher Koalitionen für das Wahlverhalten der betroffenen Bevölkerungsgruppen seien mit dem Begriff der sozialen Konflikt- bzw. Spannungslinien erfaßt. Darunter seien verstanden die dauerhaften Konfliktpotentiale zwischen den sozialstrukturellen Gruppierungen einer Gesellschaft, die wegen ihrer Politisierung im Wahlverhalten der Gruppierungen zum Ausdruck kommen.

Die erstmalige Politisierung eines sozialen Konfliktpotentials kann historisch weit zurückliegen. Hat die Politisierung im Laufe der Zeit abgenommen, wird das Weiterbestehen der Konfliktlinie erklärungsbedürftig. Dies ist heute das Problem der konfessionell-religiösen Konfliktlinie im Wahlverhalten in der Bundesrepublik. Um es zu lösen, muß im folgenden auf die Entstehung der Konfliktlinie eingegangen werden. Es sind sodann ihre Stabilität im Wahlverhalten nachzuweisen, bevor auf Gründe der Stabilität und auf Wandlungstendenzen eingegangen werden kann.

2. Die Entstehung der konfessionellen Konfliktlinie im Kaiserreich und ihre Transformation nach dem 2. Weltkrieg

Von ihrer Gründung 1870 bis zu ihrer Selbstauflösung im Juli 1933 prägte das Zentrum als Partei des katholischen Bevölkerungsteils das Parteiensystem des Deutschen Reiches entscheidend mit. Ihren höchsten Stimmenanteil bei einer Reichstagswahl erreichte diese Partei auf dem Höhepunkt des Kulturkampfes 1874, als sich 27,9 Prozent der Wähler für das Zentrum entschieden. Dieser

Erfolg war möglich, weil es dem Zentrum gelungen war, die katholische Bevölkerung gegen staatliche Maßnahmen, die hergebrachte Rechte der katholischen Kirche verletzten, zu mobilisieren. Nach einer Schätzung von Claggett et al. wählten 1874 60 Prozent der Katholiken im Deutschen Reich das Zentrum. Noch 1871 war es erst ein Drittel gewesen.

Dieser Mobilisierungserfolg hatte seinen Preis. Er beschränkte das Zentrum auf den „Turm“ des katholischen Milieus, aus dem es bis 1933 nicht herauskommen sollte. War das Zentrum für protestantische Wähler, vor allem soweit sie Anhänger einer konservativen Politik waren, bis zum Höhepunkt des Kulturkampfes als zweitbeste Wahl noch denkbar, so riß diese Verbindung danach ab. Diese Isolierung im Parteiensystem läßt sich auch im Wahlverhalten nachweisen. Das Reich war in 397 Wahlkreise eingeteilt. Die Parteien kandidierten nicht in jedem Wahlkreis, und in welchen Wahlkreisen die einzelne Partei kandidierte, schwankte von Wahl zu Wahl. Ein Teil der Wähler war also bei jeder Wahl gezwungen, seine zweitbeste Partei zu wählen, weil die am meisten präferierte nicht kandidierte. Dieser Umstand erlaubt eine ökologische Schätzung der zweitbesten Wahl für die Anhänger der einzelnen Parteien. Ohne hier auf Einzelheiten einzugehen, sei das Ergebnis einer solchen Schätzung im Hinblick auf das Zentrum als zweitbeste Wahl mitgeteilt (vgl. Claggett et al.). Vor dem Höhepunkt des Kulturkampfes bildete das Zentrum danach für viele Konservative und sogar für eine Minderheit von Anhängern der Fortschrittspartei die zweitbeste Wahl, nach 1874 war das Zentrum für die mehrheitlich protestantischen Anhänger der liberalen und konservativen Parteien nicht mehr wählbar. Eine konfessionelle Konfliktlinie zwischen Katholiken und Protestanten hatte sich im Wahlverhalten herausgebildet.

Der Konflikt selbst wurde auf der Ebene der politischen und religiösen Eliten ausgetragen und war primär kein Konflikt zwischen den beiden großen Konfessionen, sondern zwischen dem katholischen Episkopat und der Zentrumsparlei auf der einen und der staatlichen Autorität und dem Liberalismus auf der anderen Seite. Das im ganzen 19. Jahrhundert in einer Reihe von europäischen Staaten prekäre Verhältnis zwischen Staat und Kirche spitzte sich in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts zu. Die Enzyklika *Syllabus Errorum* von 1864 stufte den Liberalismus als Zeitirrtum ein und das Vatikanische Konzil führte 1870 zur Verkündung des Unfehlbarkeitsdogmas: Nimmt der Papst *ex cathedra* zu Dogmen und ethischen Fragen Stellung, so sind diese Stellungnahmen als solche (*ex sese, non autem ex consensu ecclesiae*) göttliche Wahrheit.

Es waren die mehrheitlich katholischen Länder Baden und Bayern, in denen die betont konservative, unnachgiebige Haltung der katholischen Kirche zuerst zum Konflikt führte. Diese Länder hatten in den 60er Jahren liberale Parlamentsmehrheiten und gemäßigt liberale Regierungen. Baden machte den Anfang mit der gesetzlichen Absicherung der Kirchenhoheitsrechte des Staates und schränkte z.B. 1868 die Bildung von Konfessionsschulen ein. Es über-

rascht daher nicht, daß als eine Vorläuferin des Zentrums in Baden 1869 eine katholische Volkspartei gegründet wurde.

In der bayerischen Kulturpolitik spielte die Auseinandersetzung mit dem Unfehlbarkeitsdogma eine entscheidende Rolle. München war das Zentrum der Altkatholiken, die die Infallibilität des Papstes nicht anerkannten. Die bayerische Regierung verweigerte ihr Placet zur Veröffentlichung des neuen Dogmas, und als die Bischöfe es trotzdem verkündigten, war der offene Konflikt da. In diesem Zusammenhang ist auch die erste antikatholische gesetzliche Maßnahme auf Reichsebene zu sehen: Die Verabschiedung des Kanzelparagraphen als Strafbestimmung gegen politische Agitation von der Kanzel. Dieser Paragraph geht auf eine Anregung der bayerischen Regierung zurück.

Der eigentliche Kulturkampf in Preußen begann erst mit den sogenannten Maigesetzen von 1873 über die Anstellung von Geistlichen, die kirchliche Disziplinargewalt und den Austritt aus der Kirche. Zu dieser Zeit hatte sich das Zentrum als politische Partei zur Verteidigung der Rechte der katholischen Kirche bereits konstituiert und stand somit auf dem Höhepunkt des Kulturkampfes als Organisation bereit zur politischen Mobilisierung der katholischen Bevölkerung, tatkräftig unterstützt vom katholischen Klerus. Die Koalition zwischen Klerus und Partei bestand ihre Bewährungsprobe mit der Reichstagswahl 1874.

Trotz des sich in Preußen nach 1873 noch verschärfenden Kulturkampfes darf nicht übersehen werden, daß diese kulturpolitische Kontroverse nicht der einzige Konflikt war, der zur Gründung und Konsolidierung einer katholischen Partei beitrug. Das Zentrum war von Anfang an auch eine Partei der katholischen Peripherie gegen das protestantisch bestimmte kleindeutsche Reich. Im Deutschen Bund hatten noch mehr Katholiken als Protestanten gelebt. Mit dem Ausschneiden Österreichs fanden sich die Katholiken in einer ganz neuen Situation wieder. Sie waren zu einer Minderheit von einem Drittel der Bevölkerung an den Rändern des Reiches, im Rheinland, in Westfalen, in Süddeutschland, in Westpreußen und Schlesien, innerhalb eines protestantisch-norddeutsch dominierten Reiches geworden (vgl. Evans 1982, 276). Im Reichstag arbeitete das Zentrum mit Abgeordneten anderer Minderheiten zusammen wie den Polen oder der elsässischen und lothringischen Protestpartei. Mit Windhorst wurde ein ehemaliger Minister des bis 1866 selbständigen Königreichs Hannover einer der wichtigsten Zentrumsführer. 1887 vereinigte sich die bayerische Patriotenpartei mit dem Zentrum, eine ebenso klerikale wie zunächst großdeutsch und antipreußisch gesinnte Partei. Das Zentrum integrierte damit den regionalen Protest gegen das neue Reich und verhinderte die Entstehung mächtiger regionaler Protestparteien.

Kulturpolitik und regionaler Protest konnten auf Dauer nicht die Loyalität zum Zentrum als politischer Partei garantieren. Mit dem allmählichen Abflauen des Kulturkampfes nahmen bis 1890 auch die Stimmenanteile bei den Reichstagswahlen ab. Ab 1890 gelang es dem Zentrum aber im wesentlichen, seinen Stimmenanteil mit knapp unter 20 Prozent zu stabilisieren. Zu diesem Konsolidierungserfolg trug das katholische Verbandswesen wesentlich bei, in erster

Linie der 1890 gegründete Volksverein für das katholische Deutschland, der als parteipolitisch orientierte Massenorganisation vor dem ersten Weltkrieg nur von der SPD an Mitgliedern übertroffen wurde. Diese großen organisatorischen Anstrengungen hatten von Anfang an eine gegen die Sozialdemokratie gerichtete Stoßrichtung.

Positiv bedeutete dies die Entwicklung einer eigenen Ideologie zur Arbeiterfrage und Sozialpolitik, nämlich der katholischen Soziallehre, wie sie mit der Enzyklika *Rerum Novarum* eingeleitet und 40 Jahre später mit *Quadragesimo Anno* abgeschlossen wurde. In diese Zeit fällt in Deutschland der Aufbau eigener christlicher Gewerkschaften, die, obwohl dem Zentrum nahestehend, bewußt überkonfessionell angelegt waren. Die Anerkennung des Prinzips unabhängiger Gewerkschaften, unabhängig sowohl von der Arbeitgeberseite als auch unabhängig vom katholischen Klerus, wurde von den christlichen Gewerkschaften gegen anfänglich großen Widerstand eines Teils der Bischöfe durchgesetzt.

Wichtiger für die praktische Politik der Zentrumspartei nach 1890 war die Vertretung mittelständischer und bäuerlicher Interessen in Fragen der Zollgesetzgebung und anderen wirtschaftspolitischen Fragen. In diese Zeit fällt der Aufbau einer eigenen Parteiorganisation im letzten größeren katholischen Siedlungsgebiet, das bis dahin überwiegend liberal gewählt hatte, nämlich in Südwürttemberg. Einerseits war Württemberg während des Kulturkampfes „eine Oase der Ruhe“ gewesen und zum anderen wurde der regionale Protest gegen das kleindeutsche Reich von der liberalen Volkspartei kanalisiert, so daß nach der Reichsgründung kein Anlaß zur Gründung einer eigenen katholischen Partei auf Landesebene bestanden hatte. Erst als wirtschafts- und sozialpolitische Fragen mit der zunehmenden Industrialisierung an Bedeutung gewannen, entstand ein Interessengegensatz zwischen der Volkspartei, deren führende Persönlichkeiten vornehmlich Unternehmer aus den stärker industrialisierten Gebieten Württembergs waren, und den wirtschaftlichen Interessen des alten Mittelstands und der Landwirte in den wirtschaftlich weniger entwickelten katholischen Landesteilen. In diese Lücke stieß das Zentrum vor (vgl. zu dieser Interpretation Blackburn 1980). Konfessionell bestimmte Kulturpolitik, regionaler Protest und wirtschaftliche Interessenpolitik zugunsten des Mittelstands bei erfolgreicher Abwehr sozialdemokratischer Klassenkampfrhetorik in Teilen der Arbeiterschaft bestimmten die Position des Zentrums in den sozialstrukturellen Konfliktlinien des Kaiserreichs und später der Weimarer Republik. Bei dieser Vielfalt von Konfliktstoffen und Koalitionsmöglichkeiten in der praktischen Politik überrascht es nicht, wenn Zeitgenossen die Reichstagsfraktion des Zentrums als extrem opportunistisch empfanden (vgl. z.B. Blackburn 1980, 37). Der gemeinsame Nenner war die Konfession; dieser spielte aber in der praktischen Politik eine immer geringere Rolle.

Wie das Zentrum im Kaiserreich als Gegenkraft gegen ein protestantisch konservativ beherrschtes kleindeutsches Reich gegründet wurde, kann man auch die Gründung der Unionsparteien nach 1945 nur verstehen, wenn man sich

die damaligen Vorstellungen von der Entwicklung des Parteiensystems vergewaltigt. Man rechnete 1945 mit einer starken SPD und man konnte vermuten, daß die Besatzungsmächte einer rechten konservativ-nationalen Partei die Lizenz verweigern würden. Gleichzeitig sah man als eine der Ursachen des Untergangs der Weimarer Republik die Parteienzersplitterung an, die es nun zu vermeiden galt (vgl. Eschenburg 1983, 183-201). Welche Rolle hätte eine rein katholische Partei der Mitte in einem solchen Parteiensystem spielen können, in dem es keine Rechte mehr gab und in dem sich das nichtsozialistische Lager von Anfang an konfessionell gespalten hätte?

Anknüpfungspunkte für eine überkonfessionelle, christliche Partei lieferten ideologisch die christlichen Gewerkschaften. Mit Adam Stegerwald, Jakob Kaiser und Karl Arnold waren ehemalige christliche Gewerkschaftler führend an der Gründung der CSU und CDU beteiligt. Doch das überkonfessionelle Element der christlichen Gewerkschaften entsprach nie der Organisationswirklichkeit. Die überwiegende Mehrheit der Mitglieder war katholisch und deshalb konnte man 1945 mit einem sicher rechnen, daß nämlich mit ehemaligen christlichen Gewerkschaftlern kein Einbruch in das protestantische Wählerreservoir gelingen werde.

Ganz im Gegenteil. Es waren liberale bis konservative protestantische Gruppen, die dem zeitgemäßen Flirt der katholischen CDU-Gründer mit sozialistischen Ideen reserviert gegenüberstanden. So bestand die protestantische Wuppertaler Gründungsgruppe darauf, daß aus den Kölner Leitsätzen von 1945 das Wort „christlicher Sozialismus“ gestrichen wurde (vgl. Eschenburg 1983, 193). Insgesamt haben die protestantischen CDU-Mitglieder das bürgerliche, marktwirtschaftlich orientierte Lager in der CDU verstärkt.

Welche Rolle spielte das christliche Element bei der CDU-Gründung? Man tut den Gründern sicher unrecht, wenn man ihnen nur parteitaktische Motive für die Gründung einer überkonfessionellen Partei unterstellt. Aus den Kölner Leitsätzen vom Juni 1945 spricht das Bemühen, unter Berufung auf die gemeinsame christliche Tradition die politische und soziale Krise der Gegenwart zu überwinden. „Im Glauben an den lebendigen Gott beugen wir uns vor seinen Geboten, den wahren und einzigen Stützen sozialer Ordnung und Gemeinschaft“ (zitiert nach Schulz 1955, 50). Doch was sich in der damaligen Zeit als Basis für eine Zusammenarbeit der großen Glaubensgemeinschaften innerhalb einer Partei eignete, mußte nicht auch zu einer neuen Konfliktlinie im Parteiensystem insgesamt führen. Dazu bedurfte es eines Gegners, der den parteipolitischen Kampf auf diesem Terrain aufnahm. Das taten in der Nachkriegszeit die antiklerikale FDP und die SPD Schumachers, während diese Konfliktlinie später nur sporadisch auftrat, wenn Liberale und Sozialdemokraten sich auf Gesetzesänderungen z.B. im Strafrecht einigten, die von den religiösen Traditionalisten der beiden Konfessionen abgelehnt wurden.

Daneben hat sich in der praktischen Politik die alte konfessionelle Konfliktlinie erhalten. In der Schulpolitik z.B. knüpfte die CDU in den mehrheitlich katholischen Ländern direkt an die alte Zentrums politik an. Die Kirche unter-

stützte deshalb die neue, auf Bundesgebiet überkonfessionelle, in vielen Regionen aber mehrheitlich katholische Partei, während die evangelischen Landeskirchen eine ähnlich enge Bindung nicht herstellten. Damit waren die politischen und organisatorischen Weichen für ein Weiterbestehen der alten konfessionellen Konfliktlinie in der deutschen Politik gestellt. Der Unterschied zu früher bestand aber darin, daß die Gegner auf dieser Konfliktlinie eindeutiger als früher die Liberalen und Sozialdemokraten und nicht die Protestanten waren. Dabei spielte sicher eine Rolle, daß in der neuen Bundesrepublik die Konfessionsverteilung ausgeglichen war und von einer protestantischen Dominanz in der nationalen Politik nicht mehr die Rede sein konnte.

3. Die Stabilität der konfessionell-religiösen Konfliktlinie im Wahlverhalten bei Bundestagswahlen

Im Wahlverhalten bei Bundestagswahlen zeigt sich mit großer Regelmäßigkeit seit den 50er Jahren, daß die konfessionelle Konfliktlinie weiterhin besteht. Katholiken wählen die CDU/CSU mit größerer Wahrscheinlichkeit als Protestanten und den Wählern selbst ist dieser Sachverhalt bewußt. Ca. 90 Prozent der Wahlberechtigten nahmen in den 60er Jahren eine CDU/CSU-Wahlnorm der Katholiken wahr, während eine besondere Parteiaffiliation der Protestanten der Öffentlichkeit nicht bewußt war (vgl. Tabelle 24 in Pappi 1976).

Konnte man in den ersten Jahren der Bundesrepublik die Fortsetzung der konfessionellen Spannungslinie erwarten, weil die Koalition der katholischen Kirche, die früher mit dem Zentrum bestand, jetzt mit der CDU/CSU erneuert wurde, so bleibt die besondere Stabilität dieser Spannungslinie doch erklärungsbedürftig. Daß der Unterschied im Wahlverhalten zwischen Katholiken und Protestanten in den 60er und 70er Jahren bestehen blieb, muß als gesichertes Ergebnis der Wahlforschung angesehen werden.

Zu diesem Ergebnis kommen Baker et al. (1981) in ihrer umfassenden Untersuchung des Wahlverhaltens in der Bundesrepublik bis 1972. Sie berichten eine Prozentpunktdifferenz der SPD-Präferenz zwischen Protestanten und Katholiken, die sich in dem Zeitraum von 1953 bis 1972 ohne klaren Trend zwischen 20 und 30 Punkten bewegte. Die konfessionelle Spannungslinie bleibt auch erhalten, wenn man gleichzeitig die zweite Konfliktlinie nach sozialen Klassen kontrolliert. Konfession und Klassenzugehörigkeit (Arbeiterschaft, neuer und alter Mittelstand) determinieren beide die Wahlentscheidung unabhängig voneinander, wobei für die protestantischen Klassen bei den meisten Bundestagswahlen gilt, daß ihre SPD-Wahl um einen konstanten Betrag wahrscheinlicher ist als die der entsprechenden katholischen Gruppierung. Für keine der drei unterschiedenen Klassen kann man damit sagen, daß für sie die konfessionelle Spannungslinie keine Rolle mehr spielen würde (vgl. Pappi und Terwey 1982, 182).

Die Stabilität gerade der konfessionellen Konfliktlinie mag zunächst überraschen, weil CDU und CSU bewußt als überkonfessionelle Parteien gegründet wurden und damit die konfessionelle Konfliktlinie eigentlich hätte ad acta gelegt sein müssen. Tatsächlich spielten manifeste Konflikte über die Stellung der katholischen Kirche zum Staat in der Geschichte der Bundesrepublik keine Rolle. Da andererseits Streitfragen in der Schulpolitik, im Strafrecht, im Familienrecht usw. von Zeit zu Zeit die Gemüter überzeugter Christen in den beiden großen Religionsgemeinschaften erregten, hätte man eigentlich erwarten sollen, daß die alte konfessionelle Spannungslinie von einer neuen religiösen Konfliktlinie abgelöst worden wäre, bei der traditionelle religiöse Überzeugungen gegen Säkularisierungstendenzen im öffentlichen Leben stehen würden.

Trotz der oben zitierten gegensätzlichen Befunde hat diese vermutete Transformation der konfessionellen Konfliktlinie hin zu einer religiösen Konfliktlinie tatsächlich stattgefunden. Diese Transformation wird bei der Aufgliederung des Wahlverhaltens nur nach Konfession aber nicht sichtbar. Man muß vielmehr Art und Grad der Religiosität der Wähler gleichzeitig berücksichtigen, um entscheiden zu können, ob die Wähler, die Anhänger tradierter christlicher Überzeugungen sind, sich anders verhalten als Wähler, die den Säkularisierungsprozeß für sich voll mitgetragen haben. Kontrolliert man diese Religiositätsdimension, müßten die Unterschiede zwischen Katholiken und Protestanten im Wahlverhalten verschwinden. Wenn die Katholiken trotzdem mehr die beiden Parteien wählen, die sich selbst als christlich bezeichnen, könnte dies allein daran liegen, daß ein größerer Prozentsatz der Katholiken auf der jeweiligen Religiositätsdimension zum traditionellen Lager gehört als der Protestanten.

Damit kommen wir zu einem zentralen Punkt unserer Argumentation. Unterschiede im Wahlverhalten zwischen sozialen Gruppen sind zunächst nur Anhaltspunkte für das Vorliegen einer Konfliktlinie. Sie indizieren tatsächlich erst eine Konfliktlinie, wenn entsprechende Interessengegensätze bereits einmal politisiert waren und einschlägige Streitfragen nach wie vor, wenn vielleicht auch nur sporadisch, eine Rolle spielen. Die Verankerung der Interessengegensätze in sozialen Gruppierungen bedarf ihrerseits der Organisation. Dauerhaftigkeit der Konfliktlinie wird in erster Linie erreicht, wenn die Gruppenrepräsentanten mit der jeweiligen Parteilite eine Koalition eingegangen sind.

Die konfessionell-religiöse Konfliktlinie in der deutschen Wählerschaft hat heute einen Sinngehalt, der religiöse Überzeugung gegen säkularisierte Lebensauffassung stellt. Sie hat aber den organisatorischen Unterbau aus der Zeit des konfessionellen Konflikts. Dieser Zusammenhang kann nur aufgedeckt werden, wenn man die verschiedenen Aspekte der Vermittlung von Gruppenzugehörigkeit und politischem Verhalten berücksichtigt.

Der in der Wahlforschung in der Regel untersuchte Vermittlungsmechanismus ist die Häufigkeit des Kirchgangs. Damit wird der organisatorische Aspekt der Anbindung des einzelnen an seine Kirche als einer Anstalt erfaßt, die kirchliche Dienste als Organisationszweck anbietet. Die Kirchlichkeit des einzelnen

ist umso größer, je mehr er von diesen Diensten Gebrauch macht, genauso wie die gewerkschaftliche Bindung um so größer ist, je mehr man die gewerkschaftlichen Dienste in Anspruch nimmt (vgl. zu dieser Interpretation der „associational membership“ Lenski 1963, 18-20).

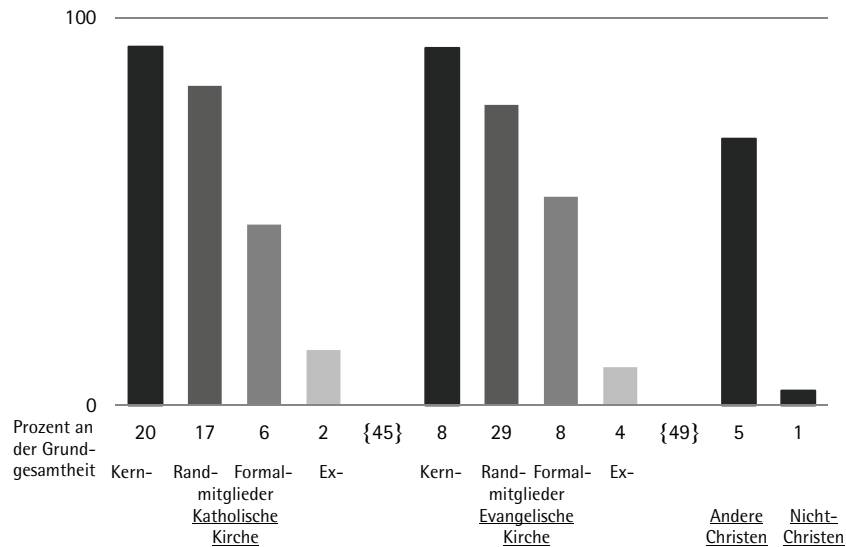
Diese Art der organisatorischen Anbindung erleichtert es den Verbandsspitzen, Einfluß auf die Mitglieder zu nehmen. Im Hinblick auf die Politik heißt das, daß die auf der Elitenebene vereinbarte Koalition von den Gruppenangehörigen in die Tat umgesetzt wird, die die stärkste organisatorische Bindung haben. Da aber nur zwischen der katholischen Kirche und der CDU/CSU in der Vergangenheit eine solche Koalition geschlossen wurde, kann die Kirchengangshäufigkeit konsequenterweise auch nur bei den Katholiken ihr Wahlverhalten erklären. Für die Protestanten erwarten wir einen solchen Zusammenhang nicht. Bei ihnen sollte die Vermittlung, mangels organisatorischer Abstützung auf Elitenebene, vielmehr alleine über religiöse Überzeugungssysteme laufen.

Wegen der Transformation des konfessionellen in einen religiösen Konflikt auf der Ebene der politischen Parteien sollte ein Ergebnis bei den Protestanten nicht auftreten, daß nämlich die Wahrscheinlichkeit zur Wahl der CDU/CSU mit zunehmender Kirchengangshäufigkeit abnimmt. Es wäre nämlich ein Zeichen für einen rein konfessionellen Konflikt, wenn in beiden großen Religionsgemeinschaften die Gegnerschaft mit der organisatorischen Bindung an die jeweilige Kirche zunähme. Welches Beziehungsmuster ansonsten bei den Protestanten auftritt, kann theoretisch nicht vorausgesagt werden, weil hier der Grad der Kirchlichkeit kein originärer Einflußfaktor ist. Je nachdem, wie er mit religiösen Überzeugungen korreliert, kann das tatsächliche Ergebnis anders ausfallen.

Die Grundtabelle für die konfessionell-religiöse Spannungslinie muß also dreidimensional sein. Für Katholiken und Protestanten getrennt muß das Wahlverhalten bzw. die Parteiidentifikation nach der Religiositätsdimension aufgegliedert sein. Als ersten Indikator für diese Dimension wählen wir hier die Kirchengangshäufigkeit als Maß der Kirchlichkeit im eben definierten Sinn der „associational membership“. Als Kernmitglieder seien die Katholiken bzw. Protestanten bezeichnet, die im allgemeinen mindestens einmal im Monat in die Kirche gehen. Hier zeigt sich bereits der entscheidende Unterschied zwischen den beiden Religionsgemeinschaften. Bei den Evangelischen zählen 17 Prozent zu den Kernmitgliedern nach dieser Definition, bei den Katholiken dagegen 47 Prozent, wobei sogar 32 Prozent mindestens einmal in der Woche den Gottesdienst besuchen. Von den Kernmitgliedern werden sodann die Randmitglieder unterschieden, die seltener als einmal im Monat in die Kirche gehen. Dies ist bei den Evangelischen die häufigste Kategorie mit über zwei Dritteln. Es bleibt dann noch die Kategorie der Formalmitglieder, die nach ihrer eigenen Angabe im allgemeinen nie zur Kirche gehen. Hier herrscht zwischen den beiden Konfessionen dann ein gewisses Gleichgewicht; 19 Prozent der Evangelischen und 13 Prozent der Katholiken sind als Formalmitglieder zu bezeichnen.

Als letzte Kategorie bei Katholiken und Protestanten werden im folgenden noch die ehemaligen Mitglieder aufgeführt. Die Ausgliederung der ehemaligen Mitglieder der beiden großen Kirchen aus der Gruppe der Gemeinschaftslosen hat zum Ziel, Personen, die wenigstens noch eine christliche Erziehung genossen haben dürften, von Nicht-Christen im engeren Sinn zu unterscheiden. Es bleibt als weitere Gruppe die Kategorie der anderen Christen, die Freikirchen oder Sekten angehören.

Abb. 1: Kirchenmitglieder und Wunsch nach kirchlicher Trauung heute [1982]



Allbus 1982: Nicht-ledige Erwachsene deutsche Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik und West-Berlin.

Für die Randmitglieder und vor allem für die Formalmitglieder stellt sich natürlich die Frage, was die Kirchlichkeit für diese Personen noch bedeutet. Die weiteste Abgrenzung ergibt sich hier, wenn man Teilnahmewünsche an kirchlichen Veranstaltungen bei sogenannten Übergangsriten betrachtet. Wir folgen hier einer holländischen Studie, die die externe Gültigkeit der Kirchlichkeitsskala an der Korrelation mit Teilnahmewünschen an Übergangsriten mißt (vgl. Felling et al. 1982). In Abbildung 1 ist zu Illustrationszwecken der Wunsch nach kirchlicher Trauung nach den verschiedenen Stufen der Kirchlichkeit aufgegliedert. Dabei zeigt sich, wie übrigens auch bei anderen Teilnahmewünschen an Übergangsriten, der erwartete enge Zusammenhang mit der Kirchlichkeit. Auffällig ist, daß sogar knapp 60 Prozent der Formalmitglieder eine kirchliche Trauung wünschen. Die Trennlinie zwischen im weitesten Sinn noch kirchlich gebundenen Christen und Personen, die völlig außerhalb der Kirchen stehen, verläuft also durch die Gruppe

der Formalmitglieder. Insgesamt heißt das, daß in der Bundesrepublik die Kirchlichkeit noch eine sehr große Bedeutung hat. Zumindest was die Übergangsriten betrifft, kann man den formalen Mitgliedern der beiden großen Kirchen wenigstens zur Hälfte eine organisatorische Bindung an ihre Religionsgemeinschaft konstatieren. Zählt man die Prozentsätze für die Kern- und Randmitglieder der beiden großen Kirchen und jeweils die Hälfte der Prozentsätze der Formalmitglieder zusammen und addiert weiterhin den Prozentsatz der anderen Christen, kommt man auf die Zahl von 86 Prozent. Man kann also sagen, daß 86 Prozent der Bevölkerung der Bundesrepublik nach wie vor an den Kirchen als wichtigen Institutionen in ihrem Leben festhalten. Es versteht sich von selbst, daß eine so große Gruppe auch als Wählerreservoir nicht uninteressant ist.

Die Bindung an politische Parteien ist bei Vorliegen von Konfliktlinien langfristiger Natur. Aktuelles Wahlverhalten und besonders die Wahlabsicht unterliegen dagegen einer Vielzahl kurzfristiger Einflüsse. Diese liegen in der Regel zwar quer zu den langfristigen Konfliktlinien und stören damit den erwarteten Zusammenhang zwischen sozialen Gruppierungen und Parteipräferenz kaum. Trotzdem ist ein Maß, das ebenfalls tendenziell die langfristige Bindung an die Parteien erfaßt, als abhängige Variable für Untersuchungen von Konfliktlinien vorzuziehen. Es wird deshalb im folgenden grundsätzlich die Parteiidentifikation als abhängige Variable verwendet.

Die Grundinformation für die konfessionell-religiöse Konfliktlinie ist in Tabelle 1 zusammengestellt. Dabei zeigt sich zunächst, daß der Grad der Kirchlichkeit bei den Katholiken einen größeren Einfluß auf die Parteiidentifikation hat als bei den Protestanten. 80,5 Prozent der katholischen Kernmitglieder identifizieren sich mit der CDU/CSU, aber nur 60,3 Prozent der evangelischen Kernmitglieder. Dies kann man als Restbestand des alten konfessionellen Konfliktsystems bezeichnen. Da aber bei den Protestanten die Gegnerschaft zu den beiden christlichen Parteien mit zunehmender Kirchlichkeit nicht zunimmt, ist bei ihnen der konfessionelle Konfliktstoff eindeutig abgebaut. Wegen der fehlenden Koalitionsbildung zwischen evangelischer Kirche und CDU und CSU bleibt allerdings erklärungsbedürftig, warum auch die Kernmitglieder der evangelischen Kirche so stark zur CDU/CSU tendieren. Ein Unterschied zu den Katholiken ist hier allerdings auffällig. Bei den Katholiken läuft die Konfliktlinie auf der Seite der Parteien zwischen den beiden christlichen Parteien auf der einen Seite und allen anderen Parteien, den Sozialdemokraten, den Liberalen und auch den Grünen auf der anderen Seite. Bei den Protestanten dagegen läuft die Konfliktlinie zwischen den beiden bürgerlichen Parteien gegen SPD und Grüne. Hier wurde also keine Konfliktlinie zur liberalen Partei aufgebaut, die andererseits bei den Katholiken am Beginn der konfessionellen Spannungslinie im Kaiserreich stand. Daß gerade auch die F.D.P. von den evangelischen Kernmitgliedern so stark präferiert wird, spricht gegen die Vermutung, bei den Protestanten ließe sich die religiöse Konfliktlinie mit Hilfe der Kirchlichkeit als intervenierender Variablen erfassen.

Tab. 1: Kirchlichkeit und Parteidentifikation

Parteiidentifikation	Katholische Kirche			Evangelische Kirche			Andere Christen	Nicht-Christen	Ins-gesamt	
	Kern-	Rand-		Kern-	Rand-					
		mitglieder	Formal-		mitglieder	Formal-				
	%	%	%	%	%	%				
CDU/CSU	80,3	48,4	34,4	18,5	60,7	37,4	36,0	14,9	21,4	49,9
SPD	15,6	44,2	51,1	44,4	23,6	51,8	53,6	51,4	42,9	39,4
FDP	2,9	4,5	7,8	22,2	12,9	8,3	5,6	14,9	6,0	7,0
Grüne und Sonstige	1,2	2,9	6,7	14,8	2,8	2,4	4,8	18,9	4,8	3,7
Σ%	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
% Nicht Anhänger	21,2	30,5	38,2	36,7	28,4	34,4	40,3	32,8	36,1	30,7
% Keine Angabe	8,1	8,3	7,3	8,2	9,3	11,9	10,3	11,9	10,3	10,0
N	590	509	165	49	225	872	253	134	155	2991

Allbus 1982. Erwachsene deutsche Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik und West-Berlin.

Kernmitglieder gehen im allgemeinen mindestens einmal im Monat zur Kirche, Randmitglieder seltener und Formalmitglieder nie. Exmitglieder sind aus der jeweiligen Kirche ausgestreut.

Frageformulierung: „Viele Leute in der Bundesrepublik neigen längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie auch ab und zu mal eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie – ganz im allgemeinen gesprochen – einer bestimmten Partei zu?“ – Wenn JA: „Sagen Sie mir bitte noch, welche Partei das ist.“

Das Vorliegen einer Wahlnorm für eine bestimmte soziale Gruppierung wirkt sich nicht nur auf die Parteienverteilung innerhalb der Gruppe derer aus, die sich mit einer Partei identifizieren, sondern auch auf die Intensität der Parteiidentifikation insgesamt. Von allen Gruppen haben die katholischen Kernmitglieder den geringsten Prozentsatz an Personen aufzuweisen, die sich mit keiner Partei identifizieren. Dagegen liegt dieser Prozentsatz bei den Formalmitgliedern relativ hoch. Die früheren Mitglieder der beiden Kirchen scheinen dagegen wieder stärker Anschluß an das vorhandene Parteiensystem gefunden zu haben. Sie sind auf ausgesprochene Distanz zu den beiden christlichen Parteien gegangen. Davon profitiert bei den Katholiken in auffallend starkem Umfang die F.D.P., was darauf hindeutet, daß hier die Ablehnung der traditionellen Kulturpolitik, wie sie von CDU und CSU vertreten wird, ein wichtiger Faktor der Parteiidentifikation ist. Dies kann man vielleicht auch so interpretieren, daß hier eine Festlegung gegen die CDU/CSU erfolgt und weniger eine Festlegung für eine andere Partei. Erwähnenswert ist auch, daß es den Grünen in erster Linie gelang, in das Wählerreservoir der nicht konfessionell Gebundenen einzudringen.

4. Religiöse Überzeugungen und Wahlverhalten

Religiöse Überzeugungen beziehen sich auf das Heilige im Unterschied zum Profanen, auf die Existenz einer höheren Wirklichkeit und auf letzte Sinndeutungen des menschlichen Lebens. Die Herausforderung der traditionellen Religion in der modernen Gesellschaft besteht in erster Linie in einer rein innerweltlichen Deutung des Lebens und einem radikalen Abbau der „abgesonderten und verbotenen Dinge“, d.h. des Heiligen im Sinne der Durkheimschen Religionsdefinition (1981, 75).

Es geht in unserem Untersuchungszusammenhang nicht darum, religiöse Überzeugungssysteme generell zu untersuchen. Ziel ist vielmehr, einzelne Überzeugungen auszuwählen, die in unserem Kulturkreis als zentrale Bestandteile des traditionellen christlichen Glaubens gelten können. Hier kann auf die Vorarbeiten einer holländischen Forschergruppe zurückgegriffen werden, die eine Reihe von Indikatoren für den Glauben an eine höhere Wirklichkeit, den Sinn des Lebens und die Bedeutung von Leiden und Tod entwickelt haben (vgl. Felling et al. 1982). Interessanterweise sind die Autoren dieser Studie selbst dem Trend zur Entzauberung der Welt insofern gefolgt, als das Heilige als zentrale Religiositätsdimension ausgeklammert bleibt. Doch scheint sich die ursprünglich calvinistische Auffassung von der Bedeutung der praktischen Lebensführung im Diesseits inzwischen auch bei den Lutheranern und Katholiken so weit durchgesetzt zu haben, daß bei allen modernen christlichen Religionsgemeinschaften das Heilige profaniert worden ist.

Als Ergebnis einer Faktorenanalyse von insgesamt 42 Indikatoren religiöser Überzeugungen für einen Querschnitt der niederländischen Bevölkerung kann festgehalten werden, daß der wichtigste erste Faktor Indikatoren zusammenfaßt, die alle für ein christliches Modell der Welt- und Lebensanschauung stehen. „Der Glaube an die Existenz eines persönlichen Gottes, die christliche Deutung des Lebens und die christliche Deutung von Leiden und Tod bilden zusammen einen Komplex“ (Felling et al. 1982, 32).

Die zentralen Indikatoren dieser christlichen Welt- und Lebensanschauung hängen nicht nur in den Niederlanden, sondern auch in der Bundesrepublik stark mit der Kirchlichkeit zusammen. In Tabelle 2 ist dieser Zusammenhang für je einen Indikator des christlichen Gottesglaubens und der transzendenten Deutung des Lebens illustriert. Insgesamt findet in der Bevölkerung der christliche Gottesglaube noch mehr Zustimmung als eine christliche Deutung des Lebens. Dem Indikator zu letzterem Komplex stimmen nur 32 Prozent zu, wobei sich die Kernmitglieder der beiden Kirchen mit doppelt so hohen Prozentsätzen deutlich vom Rest der Bevölkerung abheben. Auffällig ist, daß der Zusammenhang zwischen Kirchengang und Religiosität bei Protestanten und Katholiken genau gleich ist. Man hätte vielleicht erwarten können, daß sich bei den weniger kollektivistisch eingestellten Protestanten die Religiosität auch ohne die Verstärkung durch häufigen Kirchenbesuch erhält. Dies scheint nicht der Fall zu sein. Dieser Befund hängt aber eventuell auch damit zusammen, daß betont traditionelle Glaubensbestandteile ausgewählt wurden. Denn gerade von diesen wird erwartet, daß sie einen politischen Gegensatz zu säkularisierten Lebensauffassungen bilden, der sich dann in der Wahl bestimmter Parteien äußert. Selbst wenn nach Tabelle 2 die Kirchengangshäufigkeit bei Protestanten und Katholiken denselben Einfluß auf die traditionellen religiösen Überzeugungen hat, darf man natürlich nicht übersehen, daß die gläubigen Christen genauso wie die praktizierenden Christen in Deutschland bei den Katholiken überrepräsentiert sind, da sehr viel mehr Katholiken als Protestanten mindestens einmal im Monat zur Kirche gehen.

Wegen der Gleichverteilung traditioneller religiöser Überzeugungen bei den Kern-, Rand- und Formalmitgliedern der evangelischen und katholischen Kirche können Unterschiede der Parteiidentifikation zwischen den Konfessionen innerhalb der Kirchlichkeitstypen nicht einfach auf eine unterschiedliche Verteilung der religiösen Überzeugungen zurückgeführt werden. Es bleibt aber noch zu prüfen, ob, wie erwartet, bei den Protestanten die Parteipräferenz stärker von der religiösen Überzeugung abhängt als bei den Katholiken. Bei diesen soll ja die Kirchengangshäufigkeit wegen der Elitenkoalition einen originären Einfluß auf die Parteipräferenz ausüben.

Tab. 2: Kirchlichkeit und religiöse Überzeugungen

Religiöse Überzeugung	Katholische Kirche			Evangelische Kirche			Andere Christen	Nicht-Christen	Insgesamt
	Kern-	Rand-	Ex-	Kern-	Rand-	Ex-			
%	%	%	%	%	%	%	%	%	
(a) Es gibt einen Gott, der sich in Jesus Christus zu erkennen gegeben hat Zustimmung ¹⁾	92,7	62,4	35,6	93,3	58,2	15,2	62,4	12,5	61,7
(b) Das Leben hat für mich nur eine Bedeutung, weil es einen Gott gibt Zustimmung ¹⁾	62,2	25,7	8,0	65,3	23,3	7,2	39,5	2,7	31,9

Allbus 1982. Erwachsene deutsche Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik und West-Berlin.

¹⁾ Die Antwortkategorien "stimme ich voll und ganz zu" und "stimme eher zu" sind zusammengefasst worden; die Kategorie "Keine Angabe" ist nicht in die Prozentuierung einbezogen.

Um diese Frage zu überprüfen, wird hier, wie bei anderen Drittvariablen, die die Beziehung zwischen Kirchlichkeit und Parteiidentifikation erklären können, nach folgendem Schema vorgegangen (vgl. Aufbau von Tabelle 3). Es wird zunächst berechnet, wie schlecht eine Prognose der Parteipräferenz in der jeweiligen dreidimensionalen Tabelle gelingt, wenn man keinerlei Einfluß von Kirchlichkeit und Drittvariablen auf die abhängige Variable annimmt. Je höher der entsprechende χ^2 -Wert ist, um so mehr „Varianz“ ist in der Tabelle vorhanden, d.h. um so stärker ist der Einfluß von Kirchlichkeit und von der jeweiligen Drittvariablen auf die Parteiidentifikation. Für die aus Kirchlichkeit (3 Ausprägungen), religiöser Überzeugung (3 Ausprägungen) und Parteiidentifikation (3 Ausprägungen) gebildete Tabelle mit 27 Zellen ist der χ^2 -Wert für die Ausgangshypothese H_1 bei den Katholiken fast genau doppelt so groß wie bei den Protestanten. Der Grund dafür ist, daß sich die Parteipräferenz der Katholiken sehr viel stärker nach der Kirchlichkeit unterscheidet als die der Protestanten. Dies kann man aus Tabelle 3 ersehen, wenn man die Differenz zwischen dem χ^2 -Wert für Hypothese 2 (H_2) und dem χ^2 -Wert von H_1 bildet. Diese Differenz ist bei den Katholiken fast dreimal so groß wie bei den Protestanten und das bedeutet nichts anderes, als daß die Kirchengangshäufigkeit bei den Katholiken ein weitaus wichtigerer Faktor für die Parteiidentifikation ist als bei den Protestanten. Gleichzeitig kann man die Determinationskraft der religiösen Überzeugung aber nicht außer acht lassen. Sie wirkt sich auf die abhängige Variable aus, wobei ihr Einfluß von der der Kirchlichkeit unabhängig ist (Angemessenheit des additiven Modells H_4).

Ein strenger Test der Determinationskraft einer unabhängigen Variablen ist dann möglich, wenn man die jeweils anderen unabhängigen Variablen kontrolliert. Dieser Test wird für die Kirchlichkeit (Haupteffekt A) auf die Weise durchgeführt, daß man die Differenz zwischen H_3 und H_4 bildet. Man vergleicht also, was die Kirchlichkeit an Determinationskraft über das hinaus bringt, was bereits von der religiösen Überzeugung ausgeübt wird. Analog geht man bei der Prüfung des Haupteffekts der religiösen Überzeugung vor.

Das Ergebnis dieser Modelltests ist, daß bei den Protestanten Kirchlichkeit und religiöse Überzeugung etwa gleich wichtig für die Voraussage der Parteiidentifikation sind. Bei den Katholiken ist dagegen erwartungsgemäß der Einfluß der Kirchlichkeit sehr viel höher und der Einfluß der religiösen Überzeugung relativ gering. Trotzdem bleibt auch für die Protestanten zu konstatieren, daß der Einfluß der Kirchengangshäufigkeit selbst bei Kontrolle der religiösen Überzeugung signifikant bleibt. Dies widerspricht der Vermutung, daß bei den Protestanten die Kirchlichkeit überhaupt keinen originären Einfluß auf die Parteipräferenz ausübt. Es könnte natürlich sein, daß wir die religiöse Überzeugung mit einem Indikator nur unvollständig erfaßt haben und dass die Beziehung zwischen Kirchlichkeit und Parteipräferenz bei den Protestanten tatsächlich verschwinden würde, wenn es uns gelänge, die religiöse Überzeugung gültiger zu erfassen. Diese Möglichkeit müßte noch weiter untersucht werden.

Tab. 3: Kirchlichkeit (A), religiöse Überzeugung (B) und Parteiidentifikation (C): Modelltests

Logitmodell ¹⁾	Freiheitsgrade	Katholiken LR χ^2	p	Protestanten LR χ^2	p
H ₁ $\Psi_{jk}^{\bar{C}} = \Lambda^{\bar{C}}$	16	128,30	,000	66,25	,000
H ₂ $\Psi_{jk}^{\bar{C}} = \Lambda^{\bar{C}} + \Lambda_j^{\bar{C}\Lambda}$	12	17,52	,131	24,86	,015
H ₃ $\Psi_{jk}^{\bar{C}} = \Lambda^{\bar{C}} + \Lambda_k^{\bar{C}B}$	12	77,93	,000	26,61	,009
H ₄ $\Psi_{jk}^{\bar{C}} = \Lambda^{\bar{C}} + \Lambda_j^{\bar{C}\Lambda} + \Lambda_k^{\bar{C}B}$	8	6,96	>,5	2,56	>,5
Haupteffekt A: χ^2 (H ₄ /H ₃)	4	70,97	>,05	24,05	>,05
Haupteffekt B: χ^2 (H ₄ /H ₂)	4	10,56	>,05	22,30	>,05

Allbus 1982. Erwachsene deutsche Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik und West-Berlin.

(A): Kern-, Rand-, Formalmitglieder

(B): Vgl. Indikator b in Tabelle 2, Antworten trichotomisiert.

(C): CDU/CSU-, SPD-, FDP-Identifikation.

¹⁾Vgl. zur Notation Langeheine 1980, 60.

Trotzdem darf man nicht vergessen, daß Unterschiede zwischen Religionsgemeinschaften nicht unbedingt bedeuten, daß sie nur auf unterschiedliche Formen der Religiosität zurückgeführt werden können. Konfessionen sind auch soziale Gruppierungen, die einer von der eigentlichen Religiosität unabhängigen Dynamik unterliegen. Derartige sozial-strukturelle Bedingungen der konfessionell-religiösen Konfliktlinie in Deutschland werden im folgenden Absatz untersucht.

5. Sozialstrukturelle Bedingungen der konfessionell-religiösen Konfliktlinie

In seiner klassischen Studie über den Einfluß der Religion auf Politik, Wirtschaft und Familie hebt Lenski (1963) zwar die „associational membership“, die wir hier als Kirchlichkeit erfaßt haben, als wichtigen Aspekt der Religion hervor, macht aber gleichzeitig darauf aufmerksam, daß sich Religionsgemeinschaften von den meisten anderen Korporationen, Vereinen und Verbänden dadurch unterscheiden, daß es sich bei ihnen auch um Vergemeinschaftungen handelt. Religiöse Gruppen seien in der Regel endogam und darüber hinaus werde im sozialen Kontakt häufig den Angehörigen der eigenen Religion der Vorzug gegeben. Im Hinblick auf die Parteipräferenz von Katholiken kann Lenski für die USA feststellen, daß die bekannte Affiliation mit der demokratischen Partei nicht durch die Kirchlichkeit vermittelt wird, sondern durch die intakte katholische Vergemeinschaftung in seiner Untersuchungsgemeinde Detroit. Katholiken, die häufig in die Kirche gingen, wählten in den 50er Jahren eher republikanisch als demokratisch, aber die Katholiken mit engen sozialen Beziehungen zu anderen Katholiken wählten mehrheitlich demokratisch.

Lenski erklärt diese gegensätzlichen Einflüsse auf die Katholiken damit, daß die Kirche eher auf die moralischen Aspekte der Politik reagiere und in dieser Hinsicht in den 50er Jahren mehr mit den Republikanern übereinstimme, während sich die katholischen Vergemeinschaftungen als Gruppen von Späteinwanderern in die USA zu den Demokraten als Partei der Minderheiten hingezogen fühlten. Die Konfliktlinie ist in diesem Fall also eher eine zwischen ethnischen Gruppen und den in der amerikanischen Elite dominanten „WASP's“ als eine Spannungslinie zwischen Konfessionen.

Wie bereits ausgeführt, ist die Situation in der Bundesrepublik ganz anders. Hier existiert tatsächlich eine konfessionell-religiöse Konfliktlinie. Die Frage, die in diesem Abschnitt untersucht werden soll, ist, inwieweit diese Konfliktlinie von rein sozialstrukturellen Bedingungen begünstigt wird. Darüber hinaus muß auch die Möglichkeit ihrer Relativierung durch sozialstrukturelle Bedingungen untersucht werden.

Eine günstige sozialstrukturelle Bedingungskonstellation für die Konfliktlinie würde dann vorliegen, wenn Kirchlichkeit und Vergemeinschaftungsaspekt in dieselbe Richtung wirken und nicht wie in den USA in entgegengesetzte Richtung. Dies gilt natürlich unter der Voraussetzung, daß der Vergemeinschaftungsaspekt überhaupt noch größere Bedeutung hat. Vergemeinschaftung soll in Anlehnung an Weber „auf subjektiv gefühlter [...] Zusammengehörigkeit der Beteiligten beruhen“ (Weber 1922, 21), was sich sozial in *connubium* und *commensalitas* ausdrücke.

Die Bevölkerungsgruppen der Katholiken und der Protestanten in der Bundesrepublik erweisen sich nach diesen Kriterien tatsächlich als Vergemeinschaftungen. So sind sowohl Ehen als auch Freundespaare überwiegend aus Angehörigen derselben Konfession zusammengesetzt. In solchen Zahlen kommt natürlich auch die Tatsache unterschiedlicher lokaler Gelegenheitsstrukturen für Kontakte mit Angehörigen der verschiedenen Konfessionen zum Ausdruck. Ein Katholik in einem geschlossenen katholischen Siedlungsgebiet wie z.B. in Altbayern trifft schon per Zufall häufiger auf Katholiken als auf Protestanten. Man kann diesen Zufallseffekt aus den Prozentzahlen konfessionshomogener Freundespaare herausrechnen. Dann zeigt sich, daß die beiden großen Konfessionen in Deutschland überzufällig in ihren sozialen Beziehungen zusammenhalten, wobei die katholische Vergemeinschaftung noch dichter ist als die evangelische (vgl. dazu Pappi 1976).

Hier sei auf die konfessionelle Endogamie als Vergemeinschaftungsindikator zurückgegriffen. Wie aus Tabelle 4 ersichtlich, sind knapp über 80 Prozent der Ehen von Katholiken und Protestanten konfessionshomogen. Je weniger häufig der Kirchenbesuch ist, um so größer ist der Prozentsatz an Mischehen.

Tab. 4: Kirchlichkeit (A), religiöse Endogamie (B) und Parteiidentifikation (C)

1. Zusammenhang zwischen A und B

Kirchlichkeit	Katholiken		Σ	Protestanten		Σ
	endogam	nicht endogam		endogam	nicht endogam	
Kern-	92,3	7,7	100%	90,6	9,4	100%
Rand-	81,8	18,2	100%	81,0	19,0	100%
Formalmitglieder	62,2	37,8	100%	76,1	23,9	100%
Insgesamt	83,3	16,2	100%	81,8	18,2	100%

2. Modelltests mit C als abhängiger Variablen

Modell ¹⁾	Katholiken		p	Freiheitsgrade	Protestanten	
	LR _X 2	LR _X 2			LR _X 2	p
H ₁ $\Psi_{jk}^C = \Lambda^C$	111,71		,000	10	39,94	,000
H ₂ $\Psi_{jk}^C = \Lambda^C + \Lambda_k^{CA}$	15,82		,015	6	3,38	>,5
H ₃ $\Psi_{jk}^C = \Lambda^C + \Lambda_k^{CB}$	84,58		,000	8	38,30	,000
H ₄ $\Psi_{jk}^C = \Lambda^C + \Lambda_k^{CA} + \Lambda_k^{CB}$	6,78		,148	4	1,68	>,5
Haupteffekt A	77,80		>,05	4	36,62	>,05
Haupteffekt B	9,04		>,05	2	1,70	<,05

Allbus 1982. Nicht-ledige erwachsene deutsche Bevölkerung in der Bundesrepublik und West-Berlin

¹⁾ Zu den Modellen und Effekten vgl. Tabelle 3.

Anders als in den USA wirken in Deutschland Kirchlichkeit und konfessionelle Endogamie parteipolitisch in dieselbe Richtung. Wie die Modelltests im einzelnen zeigen, ist der mit diesem einen Indikator erfaßte Vergemeinschaftungsaspekt bei Kontrolle der Kirchlichkeit aber von geringer Bedeutung für die Parteiidentifikation. Bei den Protestanten ist der Haupteffekt B nicht signifikant. Dagegen ist er bei den Katholiken signifikant und eine weitere Aufschlüsselung der Daten würde zeigen, daß vor allem die sozial durch katholische Ehepartner stärker an ihre Religionsgemeinschaft gebundenen Randmitglieder zu verstärkter CDU-Wahl neigen, wenn man die in Mischehen lebenden Randmitglieder zum Vergleich heranzieht. Allgemein kann man also sagen, daß der Vergemeinschaftungscharakter der katholischen Religionsgemeinschaft zu einer Verstärkung der katholischen Wahlnorm in Gruppen mit bereits abgeschwächter Kirchlichkeit führt. Daß andererseits bei Protestanten der Vergemeinschaftungsaspekt keinen Effekt zugunsten der einen oder anderen Partei ausübt, der unabhängig von der Kirchlichkeit wäre, beweist die insgesamt geringere soziale Abstützung der religiösen Konfliktlinie bei ihnen.

Eine sozialstrukturelle Bedingung, die in Deutschland eng mit der Konfession zusammenhängt, ist die unterschiedliche geographische Verteilung der Konfessionen. Hier ist daran zu erinnern, daß das Zentrum ursprünglich auch den regionalen Protest der west- und süddeutschen Peripherie gegen das norddeutsch, protestantisch bestimmte Reich kanalisiert hatte. Für das Parteiensystem der Bundesrepublik haben die regionalen Schwerpunkte der Zentrumsorganisation eine unmittelbare Bedeutung gehabt. Es gab in den norddeutschen, geschlossen protestantischen Siedlungsgebieten keine lokalen Organisationen des Zentrums, auf die die CDU-Gründer 1945 hätten zurückgreifen können. Das hatte eine wichtige Konsequenz: In diesen Gebieten wurde die CDU von Anfang an von Protestanten aufgebaut. Diese trafen in den lokalen Führungszirkeln nicht auf katholische Zentrumsmitglieder, die schon vor ihnen wichtige Weichen für die Parteigründung gestellt hätten.

Anders war die Situation in den Regionen, in denen Katholiken und Protestanten kleinräumlich durchmischt wohnen. Hier dominierten von Anfang an die Katholiken in der neuen überkonfessionellen Partei.

Diese Mischgebiete befinden sich vor allem in Süd- und Westdeutschland. Hier sind Gemeinden und Kreise mit katholischen und evangelischen Mehrheiten stark durchmischt, was auf Regierungsbezirksebene sich in Anteilswerten von etwa ein Drittel bis zwei Drittel katholischen bzw. evangelischem Bevölkerungsanteil widerspiegelt. Wichtig ist dabei, daß diese auf der höheren Aggregationsebene ausgeglichene Konfessionsverteilung nicht durch Wanderung erreicht wurde, sondern daß in den Mischgebieten tatsächlich kleinräumige geschlossene Siedlungsgebiete der beiden Religionsgemeinschaften aufeinanderstoßen, die in dieser Form in der Regel bis auf die Zeit des Westfälischen Friedens zurückgehen. Dagegen haben katholische Großstädte wie München und Köln heute aufgrund von Zuzügen starke protestantische Minderheiten. Dies wird natürlich auf

Regierungsbezirksebene wieder abgeschwächt, so daß insgesamt z.B. der heutige Regierungsbezirk Köln noch dem geschlossenen katholischen Siedlungsgebiet nach der Zweidrittelregel zugeordnet werden kann.

Die geschlossenen katholischen Siedlungsgebiete sind mit den früheren Hochburgen des Zentrums identisch. Sie liegen in Altbayern, Schwaben, Unterfranken und in den Regierungsbezirken Trier, Köln und Münster. Dagegen sind die protestantischen Regionen in Norddeutschland, d.h. in Schleswig-Holstein, den beiden Hansestädten, Berlin und in Niedersachsen mit Ausnahme des Regierungsbezirks Osnabrück. Außerdem muß nach unserer Verschlüsselungsregel der Regierungsbezirk Kassel zu den protestantischen Bezirken gezählt werden. Die restlichen Regierungsbezirke in Südwestdeutschland, Franken, der Pfalz, Hessen und Nordrhein-Westfalen werden als Mischgebiete verschlüsselt.

Wegen der Besonderheiten beim Aufbau der CDU in den einzelnen Regionen erwarten wir, daß der Faktor Region für die Protestanten als Determinante der Parteiidentifikation eine größere Bedeutung hat als für die Katholiken. Es bietet sich hier sogar die Chance, die immer noch nicht befriedigend geklärte Determinationskraft der reinen Kirchlichkeit auf die Parteipräferenz der Protestanten als Scheineinfluß aufzudecken. Es könnte nämlich sein, daß die Protestanten in den geschlossenen evangelischen Siedlungsgebieten Norddeutschlands häufiger in die Kirche gehen als anderswo, aber vor allem aus regionalen Gründen, d.h. deswegen, weil die CDU hier von Anfang an keinen katholischen Schwerpunkt hatte, sich stärker mit dieser Partei identifizieren.

Diese Hypothese scheidet an der Vorbedingung. Wie ein Blick auf Tabelle 5 zeigt, sind die Kernmitglieder der evangelischen Kirche in protestantischen Regierungsbezirken unterrepräsentiert, die Randmitglieder dagegen überrepräsentiert. Hier wird für die Regionen bestätigt, was aus der Literatur für kleinere Gemeinden bereits bekannt ist: Protestanten gehen in der Minderheitssituation, Katholiken, wenn sie lokal in der Mehrheit sind, am häufigsten zur Kirche (vgl. Kaufmann 1968; Pappi 1976, 620-1).

Die Hypothese, daß für die Parteiidentifikation der Protestanten die Region neben der Kirchlichkeit ein wichtigerer Faktor ist als für die Katholiken, wird dagegen bestätigt. Der Haupteffekt der Region als zusätzlicher Faktor zur Kirchlichkeit ist bei den Protestanten signifikant, bei den Katholiken nicht (vgl. Tabelle 5). Um genau beurteilen zu können, welche Wirkung der regionale Faktor auf die Parteipräferenz der Protestanten ausübt, sind in Tabelle 6 die Prozentverteilungen für die entsprechende dreidimensionale Tabelle aufgeführt. Dabei zeigt sich, daß sich die Kernmitglieder der evangelischen Kirche in den geschlossenen protestantischen Siedlungsgebieten parteipolitisch sehr „katholisch“ verhalten. Sie haben von allen neun Gruppen den höchsten Prozentsatz an Personen, die sich überhaupt mit einer Partei identifizieren, und von diesen Parteien steht die CDU konkurrenzlos an erster Stelle.

Tab. 5: Kirchlichkeit (A), Region (B) und Parteidentifikation (C)

1. Zusammenhang zwischen A und B

Kirchlichkeit	Katholiken			Protestanten			Σ
	in protestantischen Regierungsbezirken	Mischgebieten	in katholischen Regierungsbezirken	in protestantischen Regierungsbezirken	Mischgebieten	in katholischen Regierungsbezirken	
Kern-	6,7	51,2	42,1	30,9	57,2	11,9	100%
Rand-	8,5	49,4	42,1	39,1	50,9	10,0	100%
Formalmitglieder	8,3	56,7	35,0	35,7	50,5	13,7	100%
Insgesamt	7,6	51,1	41,3	37,1	52,0	10,9	100%

2. Modelltests mit C als abhängiger Variablen

Modell ¹⁾	Katholiken			Protestanten		
	LR χ^2	p	Freiheitsgrade	LR χ^2	p	Freiheitsgrade
H ₁ $\Psi_{jk}^C = \Lambda^C$	123,47	,000	16	58,56	,000	16
H ₂ $\Psi_{jk}^C = \Lambda^C + \Lambda_{rA}^CA$	11,43	,493	12	17,14	,145	12
H ₃ $\Psi_{jk}^C = \Lambda^C + \Lambda_{rk}^CB$	119,59	,000	12	48,54	,000	12
H ₄ $\Psi_{jk}^C = \Lambda^C + \Lambda_{rA}^CA + \Lambda_{rk}^CB$	7,08	>,5	8	6,29	>,5	8
Haupteffekt A	112,51	>,05	4	42,25	>,05	4
Haupteffekt B	4,35	<,05	4	10,85	>,05	4

Allbus 1982. Erwachsene deutsche Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik und West-Berlin; Regierungsbezirke mit mehr als 2/3 Evangelischen wurden als protestantische, solche mit 2/3 Katholiken als katholische Bezirke eingestuft. Der Rest sind Mischgebiete.

¹⁾ Zu den Modellen und Effekten vgl. Tabelle 3.

Ein zweites Ergebnis von Tabelle 6 ist bemerkenswert. Bei der Besprechung von Tabelle 1 wurde als Besonderheit der Parteiidentifikation der Protestanten die zwischen CDU/CSU und F.D.P. einerseits und der SPD und den Grünen andererseits verlaufende Konfliktlinie herausgestellt. Jetzt zeigt sich, daß diese Konfliktlinie nur in den Mischgebieten und den katholischen Regierungsbezirken auftritt. Nur hier nimmt auch die F.D.P.-Präferenz mit zunehmender Kirchgangsfrequenz zu.

Tab. 6: Die Parteiidentifikation der Protestanten nach Regionen und Kirchlichkeit

1. Protestantische Regierungsbezirke¹⁾

Parteiidentifikation	Kern-	Rand-	Formal-	Insgesamt
	mitglieder			
	%	%	%	
CDU	72,1	40,9	44,7	46,4
SPD	23,3	51,8	50,0	47,1
FDP	4,6	7,3	5,3	6,6
∑ %	100	100	100	100
% Nicht-Anhänger	23,2	31,0	43,6	32,2
N	69	352	94	515

2. Mischgebiete¹⁾

Parteiidentifikation	Kern-	Rand-	Formal-	Insgesamt
	mitglieder			
	%	%	%	
CDU	61,0	38,2	39,1	29,6
SPD	23,4	52,3	53,1	60,5
FDP	15,6	9,5	7,8	9,9
∑ %	100	100	100	100
% Nicht-Anhänger	30,0	30,12	39,2	37,4
N	130	425	125	155

3. Katholische Regierungsbezirke¹⁾

Parteiidentifikation	Kern-	Rand-	Formal-	Insgesamt
	mitglieder			
	%	%	%	
CDU	43,7	29,2	17,6	29,6
SPD	31,3	62,5	82,4	60,5
FDP	25,0	8,3	–	9,9
∑ %	100	100	100	100
% Nicht-Anhänger	34,6	38,9	35,3	37,4
N	26	95	34	155

Allbus 1982: Erwachsene deutsche Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik und West-Berlin.

¹⁾ Aufteilung der Regierungsbezirke wie Tabelle 5.

Diese beiden Ergebnisse, das „katholische“ Verhalten der Kirchgänger in protestantischen Siedlungsgebieten und der nach Regionen verschiedene Verlauf der Konfliktfronten zwischen den Parteien, lassen sich meines Erachtens mit

der regional unterschiedlichen Entwicklung des Parteiensystems nach 1945 erklären. In Gebieten ohne Zentrumstradition bauten kirchlich gebundene Protestanten ohne katholische Konkurrenz eine konservative, christliche Partei auf, die an konservativ-nationale und liberale Traditionen aus der Weimarer Republik und dem Kaiserreich anknüpfte. In Regionen, in denen die Katholiken in der CDU/CSU an die Zentrumstradition anknüpfen konnten, blieben Restbestandteile der konfessionellen Konfliktlinie bei den Protestanten erhalten. Die kirchlich gebundenen Protestanten ließen sich von der neuen überkonfessionellen christlichen Partei nicht in demselben Umfang binden wie im Norden Deutschlands. Sie hielten, zum Teil jedenfalls, an der traditionellen Bindung zum Liberalismus fest, einem Liberalismus, der auf regionaler Ebene immer auch als antiklerikale Kraft gegen die katholische Kirche empfunden wurde.

6. Abschwächungstendenzen der konfessionell-religiösen Konfliktlinie?

Wir haben in Abschnitt 3 festgestellt, daß der Unterschied im Wahlverhalten der Katholiken und Protestanten relativ konstant blieb in den letzten 30 Jahren. Daß dieser Unterschied überhaupt besteht, hat nach unserer Analyse verschiedene Ursachen. Die wichtigste Ursache ist, daß die Kirchlichkeit bei Katholiken einen stärkeren Einfluß auf die Parteipräferenz hat als bei Protestanten – dies wurde dem Weiterbestehen der früheren konfessionellen Konfliktlinie infolge der Erneuerung der Koalition der katholischen Kirche mit der CDU/CSU zugeschrieben – und daß andererseits die Katholiken durch häufigeren Kirchgang stärker an ihre Kirche gebunden sind. Trotzdem ist die konfessionelle Konfliktlinie heute deutlich von einer religiösen Konfliktlinie überlagert. Der Beweis hierfür ist, daß die evangelische Kirchlichkeit – besonders im protestantischen Norden der Bundesrepublik – die gleiche Wirkung auf die Parteiidentifikation hat wie bei den Katholiken, wenn auch in abgeschwächter Form. In beiden Religionsgemeinschaften wird die Kirchlichkeit in ihrer politischen Bedeutung unterstützt von traditionellen christlichen Überzeugungen, wobei dieses Element wieder bei den Protestanten eine größere Rolle spielt als bei den Katholiken.

Wir haben vermutet, daß in der heutigen Politik konfessioneller Konfliktstoff kaum noch vorhanden ist, daß aber sehr wohl von Zeit zu Zeit Streitfragen mit religiösem Konfliktstoff aktuell werden. Diese Vermutung müßte noch genauer untersucht werden. Dabei käme es vor allem darauf an nachzuweisen, daß politische Streitfragen mit traditionell-religiösem Wertbezug als aktuelle Sinngabe für die religiöse Spannungslinie in der Wählerschaft dienen. Zu denken wäre an Streitfragen wie die Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs, die Ehescheidung, den Religionsunterricht in der Schule, Elternrechte in der Kindererziehung usw. Die politische Orientierung dürfte den Wählern bei die-

sen Streitfragen leicht fallen. Ihre eigene Stellungnahme folgt unmittelbar aus ihrer Wertorientierung, ein besonderer Entscheidungskalkül muß nicht bemüht werden. Da die Positionen der Parteien zu diesen Streitfragen seit langem bekannt sind, braucht der einzelne Wähler auch keinen besonders hohen Informationsgrad, um seine eigene Position mit der der Parteien vergleichen zu können. Diese Streitfragen können in der Terminologie von Carmines und Stimson (1980) als „leichte Issues“ bezeichnet werden. Sie sind eher symbolischer als technischer Natur; es geht eher um Ziele einer Politik als um die Mittel zu ihrer Durchsetzung; der Konfliktstoff ist seit langer Zeit vorhanden und bisher ist der Konflikt nicht endgültig gelöst worden. Wegen der geringen Anforderungen an den Informationsgrad der Wähler können „leichte Issues“ die Wählerschaft klarer strukturieren und polarisieren als „schwierige Issues“. Die zu untersuchende These wäre, daß die religiöse Konfliktlinie in der Wählerschaft vor allem durch diese „leichten Issues“ aufrechterhalten wird. Dabei wäre insbesondere darauf zu achten, ob der Einfluß traditioneller christlicher Überzeugungen bei Katholiken und Protestanten denselben Einfluß auf ihre Einstellung zu diesen „leichten Issues“ hat.

Wir haben bisher eine Bestandsaufnahme der Ursachen der Stabilität der konfessionell-religiösen Konfliktlinie geleistet. Über Veränderungstendenzen können daraus unmittelbar keine Folgerungen abgeleitet werden. Doch läßt sich jetzt besser einschätzen, welche Folgen bei angenommenen Veränderungen der Kirchlichkeit, der religiösen Überzeugungen und der sozialstrukturellen Bedingungen für die Parteiidentifikation zu erwarten sind.

Interessant ist in dieser Hinsicht ein Vergleich mit den Niederlanden, wo der Stimmenanteil der religiösen Parteien seit Mitte der 60er Jahre stark zurückgegangen ist, ein Trend, der auch durch die Neugründung der überkonfessionellen christdemokratischen Partei als Vereinigung von Katholischer Volkspartei, Antirevolutionärer Partei und Christlich-Historischer Union nicht rückgängig gemacht werden konnte. Man spricht hier von einer Dekonfessionalisierung des Parteiensystems, die zwei verschiedene Ursachen haben kann. Zum einen kann sich die Bindung der verschiedenen Konfessionen an ihre jeweilige Partei bzw. heute an die Christdemokraten lockern und zum anderen kann bei konstantem Bezug zwischen religiöser Orthodoxie und Wahlverhalten der Anteil der Orthodoxen zurückgehen. Ersteren Prozeß bezeichnet Andeweg in einer neueren Arbeit über Veränderungen des Wahlverhaltens in Holland als Entsäulung (1982, 36-78). In der Bundesrepublik hat es die extreme Segmentierung der Gesellschaft in verschiedene „Säulen“ mit je eigenen Organisationen nie gegeben, deshalb ist hier auch der Begriff der Entsäulung nicht angebracht. Der entsprechende Vorgang in der Bundesrepublik wäre eine Lockerung der Koalition zwischen katholischer Kirche und CDU/CSU, was zu einer Auflösung der konfessionellen Konfliktlinie führen dürfte.

Wegen der Krisenerscheinungen im holländischen Katholizismus hätte man vielleicht eine Entsäulung gerade bei dieser Religionsgemeinschaft erwarten

können. Immerhin ist die Wahlentscheidung zugunsten religiöser Parteien bei den Katholiken am stärksten zurückgegangen. Für die Bundesrepublik könnte man sich diese Krisenhypothese so ausmalen, daß der katholische Klerus unter Berufung auf eine innerweltliche religiöse Gesinnungsethik auf deutliche Distanz zur Wirtschafts- und Sicherheitspolitik der CDU/CSU geht und damit die alte Koalition aufkündigt. Diese Aufkündigung müßte dann bei den Wählern die Konsequenz haben, daß der Zusammenhang zwischen Kirchlichkeit und Parteiidentifikation so lange abgeschwächt wird, bis er ganz verschwindet. Interessanterweise hat diese Entwicklung in den Niederlanden aber gerade nicht stattgefunden.

Was in den Niederlanden vielmehr den Rückgang der Wahl konfessioneller Parteien, vor allem bei den Katholiken, erklärt, ist der Rückgang der Kirchlichkeit. Der Anteil der wöchentlichen Kirchgänger unter den Katholiken hat sich in den Niederlanden von 1966 bis 1977 halbiert. Die „neue Theologie“ scheint die Gläubigen aus den Kirchen vertrieben zu haben; sie hat die Gesellschaft aber nicht entsäult.

Der Rückgang der Kirchlichkeit ist auch in der Bundesrepublik die Hauptgefahr für die weitere Stabilität der konfessionell-religiösen Konfliktlinie. Genauer formuliert: Die Konfliktlinie selbst als Unterschied in der Parteiidentifikation und im Wahlverhalten zwischen kirchlich gebundenen oder orthodox eingestellten Christen und kirchlich ungebundenen Bevölkerungsteilen, die den politischen Forderungen des traditionellen Christentums feindlich gegenüber stehen, wird wahrscheinlich bestehen bleiben, aber die Kristallisation und Fragmentation entlang dieser Spannungslinie wird abnehmen. Die Kristallisation wird um so geringer, je weniger Wähler von der Konfliktlinie erfaßt werden, weil sie weder zum traditionell-religiösen Lager noch zu den Antiklerikalen zählen. Die Fragmentation nimmt ab, weil die Verteilung der beiden Lager sich immer mehr zuungunsten der kirchlich Gebundenen verschiebt. So gilt schon jetzt für die Protestanten, daß bei ihnen die Fragmentation wegen des kleinen Anteils der Kernmitglieder bzw. der orthodoxen Christen geringer ist als bei den Katholiken.

Fragmentation und Kristallisation wurden in diesem Beitrag nicht systematisch untersucht. Dazu müßte man über die Hintergrundfaktoren der Konfliktlinie hinaus stärker die Einstellungen zu politischen Streitfragen berücksichtigen und insbesondere den Teil der Wählerschaft identifizieren, für den Streitfragen mit religiösem Bezug irrelevant geworden sind. Man darf dabei allerdings nicht den Fehler machen, den Konfliktstoff nur auf Seiten der kirchlich gebundenen Christen zu suchen, sondern man muß die Gegenseite genau so einbeziehen. So könnte es z.B. sein, daß es gerade die sozialliberale Koalition zu Anfang ihrer Regierungszeit gewesen ist, die mit einigen ihrer Reformen im Straf- und Familienrecht die religiöse Spannungslinie wieder belebt hat.

Neben dem religiösen Inhalt dürfen bei der Abwägung der Veränderungsmöglichkeiten der Spannungslinie die sozialstrukturellen Begleiterscheinungen nicht außer acht gelassen werden. Selbst wenn die Kirchlichkeit in Deutschland weiter zurückgeht, wird die parteipolitische Orientierung der Katholiken auch von Ver-

gemeinschaftungsaspekten und bei den Protestanten von regionalen Kräften unterstützt. Beide Kräfte sind als relativ stabil einzuschätzen und verhindern ein ungebremstes Durchschlagen des Rückgangs der Kirchengangshäufigkeit und der religiösen Orthodoxie auf die Parteiidentifikation. Dabei ist aber zu beachten, daß kirchliche Bindung und religiöse Einstellung die originären Einflußfaktoren der konfessionell-religiösen Konfliktlinie sind, für deren Wirkung die sozialstrukturellen Faktoren eine Unterstützung, aber keinen Ersatz bedeuten. Weiter bestehen wird die Konfliktlinie auf Dauer nur, wenn politische Streitfragen mit religiösem Bezug nicht ganz aus der politischen Auseinandersetzung verschwinden.

References

- Andeweg, Rudy B. 1982. *Dutch Voters Adrift. On Explanations of Electoral Change 1963-1977*. PhD Diss., Reichsuniversität Leiden.
- Baker, Kendall L., Russell J. Dalton, und Kai Hildebrandt. 1981. *Germany Transformed: Political Culture and the New Politics*. Cambridge MA, et al.: Harvard University Press.
- Blackbourn, David. 1980. *Class, Religion and Local Politics in Wilhelmine Germany*. Wiesbaden.
- Carmines, Edward G., und James A. Stimson. 1980. The two faces of issue voting. *American Political Science Review* 74: 78-91.
- Claggett, William, Jeffrey Loesch, W. Philipps Shively, und Ronald Snell. 1982. Political Leadership and the Development of Political Cleavages in Imperial Germany, 1871-1912. *American Journal of Political Science* 26: 643-63.
- Durkheim, Emile. 1981. *Die elementaren Formen des religiösen Lebens*. Frankfurt a. M.
- Eschenburg, Theodor. 1983. Jahre der Besatzung: 1945-1949. In *Band 1 der Geschichte der Bundesrepublik*, hg. v. D. Bracher et al. Stuttgart und Wiesbaden: Deutsche Verlagsanstalt; Wiesbaden.
- Evans, Richard J. 1982. Religion and society in modern Germany. *European Studies Review* 12: 249-88.
- Felling, Albert, Jan Peters, und Osmund Schreuder. 1982. Identitätswandel in den Niederlanden. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 34: 26-53.
- Kaufmann, Franz X. 1968. Zur Bestimmung der Kirchlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland. In *Beiträge zur religionssoziologischen Forschung*, hg. v. Joachim Matthes, 63-100. Köln und Opladen.
- Langeheine, Rolf. 1980. *Log-lineare Modelle zur multivariaten Analyse qualitativer Daten*. München und Wien.
- Lenski, Gerhard. 1963. *The Religious Factor. A Sociological Study of Religion's Impact on Politics, Economics and Family Life*. Garden City und New York.
- Pappi, Franz Urban. 1976. *Sozialstruktur und politische Konflikte in der Bundesrepublik: Individual- und Kontextanalysen der Wahlentscheidung*. Habilitationsschrift, Universität zu Köln.
- Pappi, Franz Urban, und Michael Terwey. 1982. The German electorate: Old cleavages and new political conflicts. In *Party Government and Political Culture in Germany*, hg. v. H. Döring und G. Smith, 174-96. London und Basingstoke.

- Schulz, Gerhard. 1955. Die CDU – Merkmale ihres Aufbaus. In *Parteien in der Bundesrepublik. Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953*, M. G. Lange, G. Schulz, K. Schütz et al., 1-153. Stuttgart und Düsseldorf.
- Weber, Max. 1922. *Grundriß der Sozialökonomik. III. Abteilung, Wirtschaft und Gesellschaft*. Tübingen.